

Solomon, Esther (2026): Deutschland zahlt einen Preis für seine umfassende Unterstützung Israels [Analyse].

In: Haaretz, 06.06.2026.

[Engl. Original: <https://www.haaretz.com/world-news/europe/2026-06-06/ty-article/.premium/germany-is-paying-a-price-for-its-sweeping-support-for-israel/0000019e-97ad-d362-addf-97bf9c400000?>,

Übersetzung: K. Schittich]

Deutschlands „besondere Verantwortung gegenüber Israel“ könnte dem Land laut Aussage des Außenministers einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gekostet haben. Vielleicht ist es an der Zeit, neu zu überdenken, wie diese Beziehung nach dem Holocaust aussehen sollte.

Anscheinend reichten Würstchen, Eis und eine Jazzband nicht aus, um Deutschland einen vorübergehenden Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu sichern – zumindest nicht, wenn Israel im Spiel ist.

Die Leckereien wurden bei einer der letzten Veranstaltungen Deutschlands im Rahmen einer Kampagne angeboten, die mit einer „bitteren Niederlage“ endete, wie Außenminister Johann Wadephul es formulierte, der nach New York geflogen war, um unentschlossene Staaten persönlich zu umwerben. Wadephul machte in erster Linie die russische Einmischung für die Niederlage verantwortlich – wies aber auch darauf hin, dass Deutschlands „besondere Verantwortung für Israel“ dem Land möglicherweise ebenfalls Stimmen gekostet habe.

Nach dem 7. Oktober 2023 verstärkte sich Deutschlands ohnehin schon unerschütterliche Unterstützung für Israel, nicht zuletzt durch seine unermüdlichen Bemühungen um die Freilassung der von der Hamas festgehaltenen Geiseln, seine Waffenverkäufe, das Torpedieren von Sanktionen, die von Partnern der Europäischen Union vorgeschlagen wurden, sowie sein Verbot umstrittener pro-palästinensischer Protestslogans wie „Vom Fluss bis zum Meer“. Doch als das Ausmaß der Zerstörung des Gazastreifens durch Israel zunahm und die Zahl der palästinensischen Todesopfer stieg, gab es Phasen des Zögerns.

Im August 2025 kündigte Bundeskanzler Friedrich Merz inmitten einer humanitären Krise – einschließlich Berichten über weit verbreiteten

Hunger und einer bevorstehenden israelischen Militäroffensive – an, dass Deutschland Exporte von Waffen, die im Gazastreifen eingesetzt werden könnten, „bis auf Weiteres“ aussetzen werde. Dieser Stopp dauerte jedoch nur vier Monate.

Es gab eine weitere Kehrtwende, allerdings in die andere Richtung: Als Südafrika vor dem Internationalen Gerichtshof Klage einreichte und Israel Völkermord vorwarf, verurteilte Deutschland dies als „unbegründet“. Doch zwei Jahre später, im März dieses Jahres, rückte Berlin von seinem Versprechen ab, zugunsten Israels zu intervenieren.

In jüngerer Zeit äußerte Wadephul trotz der offiziell unerschütterlichen Unterstützung für den Krieg der USA und Israels gegen den Iran „ernsthafte Besorgnis“ über den gleichzeitigen Einmarsch Israels in den Südlibanon und warnte vor den Opfern unter der Zivilbevölkerung. Für Kritiker des zurückhaltenden Umgangs Deutschlands mit Israels Kriegsführung im Gazastreifen mag es eine Ironie zu viel sein, dass er zudem warnte, dass aufgrund der Luftangriffe „Teile des Libanon dauerhaft unbewohnbar werden [könnten]“.

Die politischen Entscheidungen, die in den Korridoren der Macht getroffen werden, scheinen entweder losgelöst von der Stimmung auf der Straße zu sein oder dieser erheblich hinterherzuhinken. Vor Deutschlands erster dramatischer Entscheidung, Israel zu bestrafen – durch die Aussetzung von Waffenexporten –, zeigten Meinungsumfragen eine überwältigende Zustimmung für ein Waffenembargo; 80 Prozent der Deutschen hielten Israels Operationen im Gazastreifen für „ungerechtfertigt“. Einen Monat nach dem Einfrieren der Waffenexporte durch die Regierung ergab eine weitere Umfrage, dass 62 Prozent der deutschen Wähler den Begriff „Völkermord“ zur Beschreibung von Israels Vorgehen befürworteten. Demonstrationen, bei denen dieselbe Terminologie verwendet wurde, zogen in Berlin 100.000 Teilnehmer an.

Irgendwann werden die etablierten politischen Parteien – und zwar nicht nur die linken – aufholen müssen. So wie Zohran Mamdani's Sieg in New York die politischen Auswirkungen des Generationswechsels und der Gaza-Krise auf die US-Demokraten signalisierte, könnte die aktuelle Generation deutscher Politiker die letzte sein, die ihre Identifikation mit Israel noch so explizit zur Schau stellt. Doch sie

wird sich weiterhin damit auseinandersetzen müssen, wie Deutschlands aus dem Holocaust resultierende „besondere Verantwortung“ für Israel zu verstehen ist.

Die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland werden niemals völlig „normal“ sein – und das sollte auch nicht erwartet werden. Die Frage ist, was Deutschlands „historische Verantwortung für Israels Sicherheit“, wie Angela Merkel es 2008 in einer historischen Rede vor der Knesset beschrieb, umfassen sollte und ob die UN-Abstimmung darauf hindeutet, dass diese Staatsräson, Teil des deutschen Selbstverständnisses, neu definiert werden muss.

Deutschland ist Israels „bester Freund“ in Europa: sein größter Handelspartner in Europa, sein zweitgrößter Waffenlieferant – nach den USA – und ein echter strategischer Partner: von der Unterstützung Israels in unzähligen internationalen Foren bis hin zum Austausch von Geheimdienstinformationen.

Doch schon vor dem 7. Oktober stand die Beziehung unter beispiellosem Druck, als Folge der Bildung der extremistischen Regierung von Benjamin Netanjahu und seinem Programm für einen Justizputsch. Die Solidarität nach dem Hamas-Angriff war groß, doch die Risse sind nach wie vor vorhanden – nicht zuletzt, weil Deutschlands Bekenntnis zur liberalen Demokratie, zum Völkerrecht und zu den Menschenrechten auf derselben Sicht der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg und auf den Lehren aus seiner Geschichte beruht wie sein Bekenntnis zu Israel.

Wenn, wie der damalige Vizekanzler Robert Habeck im November 2023 erklärte, „Israels Sicherheit für uns als Staat unverzichtbar ist“, was geschieht dann, wenn Israel als liberal-demokratischer Staat versagt? Wenn es sich nicht an das Kriegsrecht hält?

Seit Jahrzehnten ist es Deutschland gelungen, alle acht Jahre einen Sitz im Sicherheitsrat zu erringen. Bislang ist es noch nie gescheitert. Es scheint, als sei Israels Paria-Status ansteckend. Doch wenn Deutschland nun am eigenen Leib erlebt, was es bedeutet, im Stil der internationalen Diplomatie einem BDS-Boykott ausgesetzt zu sein, wird dies das Land wohl kaum zu einer noch uneingeschränkteren Unterstützung Israels bewegen – und das sollte es auch nicht.

Merkel sagte bekanntlich: „Deutschland wird Israel niemals im Stich lassen, sondern ein treuer Freund und Partner bleiben.“ Selbst in dieser späten Phase sollte klargestellt werden: Deutschlands Unterstützung für Israel muss die Fähigkeit beinhalten, das Land zu kritisieren, sich als Freund zu Wort zu melden und auf die wesentliche Unterscheidung zu bauen, nämlich zwischen der Unterstützung Israels und der Unterstützung einer einzelnen israelischen Regierung – und schon gar nicht jetzt dieser verabscheuungswürdigen.

Bei der Staatsräson geht es um die Sicherung Israels, nicht um die Netanjahus, und sie darf nicht Geburtshelfer sein einer schwerst reaktionären Demokratie in Israel, sie darf nicht dessen annexionistischen Flügel unterstützen oder dabei mithelfen, Zivilisten der Vernichtung durch Bomben auszuliefern, sei es im Gazastreifen, im Westjordanland oder im Libanon. Erst letzten Monat war Deutschland an den jüngsten EU-Sanktionen gegen gewalttätige jüdische Siedler beteiligt. Deutschland weiß, wie man diese Unterscheidung trifft, ist dabei aber immer noch viel zu zaghaft.

Es besteht kein Zweifel daran, dass internationale Institutionen wie die UNO ihr eigenes dichtes Geflecht aus internen Intrigen, gegenseitigen Gefälligkeiten und Heuchelei haben. Dennoch wäre es heilsam, dieses „Nein“-Votum als Aufruf an Deutschland zu verstehen, seiner eigenen Kampagnenplattform für den Sitz im Sicherheitsrat gerecht zu werden, nämlich „eine auf internationalen Regeln basierende Ordnung zu verteidigen“ – ohne eine auf Israel zugeschnittene Ausnahme, die dem Land den Vorwurf der Doppelmoral und der Opportunität einbringt. Davon würden nicht nur die Palästinenser und Libanesen profitieren, sondern auch Deutschland und Israel selbst.

Anmerkung der Redaktion:

Das englische Original: <https://www.haaretz.com/world-news/europe/2026-06-06/ty-article/.premium/germany-is-paying-a-price-for-its-sweeping-support-for-israel/0000019e-97ad-d362-addf-97bf9c400000?>, ist zugänglich über ein Abonnement von Nachrichten-E-Mails bei Haaretz (kostenfrei). Dieses kann jederzeit widerrufen werden.